

Milliardeninvestitionen doch niemand spricht darüber

Der Erneuerungsbedarf unserer Infrastrukturen ist enorm. Zahlreiche Berggemeinden zerbrechen sich die Köpfe, wie sie ihre Infrastrukturen finanzieren können. Die Bundespolitik schaut grosszügig weg, in der Öffentlichkeit wird das Thema kaum diskutiert. Bricht das Haus Schweiz auseinander oder gibt es doch Lösungsansätze?

Thomas Egger – SAB – Bern

Praktisch täglich gehen bei der SAB Gesuche von Gemeinden ein, die auf der Suche nach finanzieller Unterstützung für Infrastrukturprojekte sind. Da geht es um die Anschaffung eines Kühlschranks für den Dorfladen, die Restaurierung der Kirchenorgel, die Anschaffung eines neuen Kommunalfahrzeuges oder den Neubau einer Turnhalle. Die SAB hat selber leider keine finanziellen Mittel, um derartige Projekte unterstützen zu können. Wo möglich gibt die SAB aber gerne Tipps, wie die Vorhaben finanziert werden können. Eine konkrete Hilfe kann die SAB übrigens in Form von Arbeitsleistungen bereit stellen: die «Bergversetzer» kommen gerne in die Gemeinde oder zu anderen Nutzniessern und leisten während einer oder zwei Wochen einen Freiwilligeneinsatz. Dadurch wurde schon mancher Stall saniert, Wanderweg instand gestellt oder Kinderspielplatz eingerichtet.

Finanzierungswelle

Die Palette der Anfragen zeigt eines: die finanziellen Herausforderungen für die Berggemeinden sind enorm. Für eine kleine Berggemeinde kann schon die kleinste Anschaffung eine grosse Herausforderung sein. Umso schwieriger wird es bei Grossprojekten wie z.B. der Erneuerung der Trinkwasserversorgung oder bei der Renovation eines Schulhauses. Leider fehlt in der Schweiz eine zuverlässige, laufend aktualisierte Übersicht über diesen Investitionsbedarf. Vielleicht ist das mit ein Grund, war-

um in der Öffentlichkeit kaum über dieses Thema gesprochen wird. Dabei schieben die Gemeinden eine Investitionswelle von mehreren zig-Milliarden Franken vor sich her. Wenn diese Welle nicht abgebaut wird, droht – bildlich gesprochen – das Haus Schweiz einzustürzen.

Übersicht schaffen

Die erste und wichtigste Massnahme besteht deshalb darin, eine Übersicht zu schaffen. Mit dem NFP 54, welches von 2005 bis 2011 dauerte, wurden erste Grundlagen aufgearbeitet. Das NFP rechnet mit einem jährlichen Investitionsbedarf von 30 Mrd. Fr. für die Instandhaltung und den Ausbau der technischen Infrastrukturen. Die Ergebnisse dieses NFP müssten laufend aktualisiert werden. Zudem muss ein viel stärkerer Fokus auf die Finanzierung und auf die Umsetzung der Empfehlungen gelegt werden. So empfahl das NFP 54 u.a. die Erstellung eines nationalen Infrastrukturkonzeptes, welches Bund, Kantone und Gemeinden einbeziehen würde. Dieses Konzept wurde leider nie erstellt.

Klimawandel als zusätzliche Herausforderung

Eine aktuelle Studie von Swiss Economics vom Oktober 2019 geht davon aus, dass die klimabedingten Schäden an Schweizer Infrastrukturen und die Produktionsausfälle bei Energie-Infrastrukturen bis 2050 die Grössenordnung von rund 1 Mrd. Franken pro Jahr erreichen werden.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga kündigte deshalb einen «Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel» an. Der Plan soll Massnahmen enthalten, die dem Schutz der Infrastrukturen dienen. So sollen bei der Raumplanung die Risiken des Klimawandels einfließen. Vorgesehen ist zudem ein Forschungsprogramm zur Verbesserung der Wissensbasis.

Der bundesrätliche Vorschlag für einen Aktionsplan rennt bei der SAB offene Türen ein. Die SAB hat wiederholt auf die Bedeutung von Klimawandelanpassungsmassnahmen hingewiesen und dazu Studien publiziert und Tagungen durchgeführt. Bei den früheren Beratungen des CO₂-Gesetzes hatten Anpassungsmassnahmen jedoch einen schweren Stand. Im Jahr 2011 kamen die Anpassungsmassnahmen nur ins Gesetz rein, weil sich die SAB vehement dafür einsetzte. Die Massnahmen waren aber auf eine informierende und koordinierende Rolle des Bundes beschränkt. Auch das neue CO₂-Gesetz, welches im Nationalrat Schiffbruch erlitt, enthielt keine zusätzlichen Vorkehrungen für die Klimawandelanpassung. Erst mit den Beratungen im Ständerat ist nun die Idee eines Fonds für die Finanzierung von Anpassungsmassnahmen aufgekommen.

Neue Finanzierungslösungen

Die Diskussionen zur Klimawandelanpassung gehen somit in die richtige Richtung. Doch lange nicht alle Infrastrukturinvestitionen sind auf

den Klimawandel zurückzuführen. Das Grundproblem der Finanzierung von Infrastrukturen auf kommunaler Ebene bleibt bestehen. Die Regionalpolitik des Bundes hat sich mit dem Systemwechsel im Jahr 2008 aus der Infrastrukturfinanzierung zurück gezogen. Die Aufgabe wurde an den nationalen Finanzausgleich abdelegiert. Die Idee war, dass die Kantone aus der NFA mehr frei verfügbare Mittel erhalten und diese dann an die Gemeinden für die Finanzierung von Infrastrukturen weiter leiten. Nur hat das kein Kanton getan. Leidtragende sind die finanzschwachen Berggemeinden. Nachdem nun auf das Jahr 2020 hin substantielle Verschiebungen im Lastenausgleich hin zu den städtischen Kantonen statt finden, wäre es an der Zeit, dass sich die Bergkantone und -gemeinden zusammenschliessen und ihrerseits Forderungen für eine zweckgebundene Aufstockung des geographisch-topographischen Lastenausgleichs fordern. Doch auch dies würde nicht ausreichen, um den massiven Finanzbedarf zu decken. Warum also nicht die Idee eines Infrastruktur- oder Kohäsionsfonds aufgreifen, der in einem Public-Private-Partnership zwischen Bund, Banken und Versicherungen und weiteren privaten Geldgebern geäufnet würde? Als Vorbild könnte der frühere IHG-Fonds dienen, der sich dank rückzahlbarer Darlehen über die Jahrzehnte hinweg selber refinanziert hat.

RÉSUMÉ

Infrastructures : des besoins annuels se comptant en milliards de francs

Le thème de l'entretien et du renouvellement des infrastructures en Suisse est primordial. Par année, les besoins financiers, devant être consacrés à cette tâche, se montent à plusieurs milliards de francs. Pourtant, cette question est peu abordée au niveau politique. Chaque semaine, le SAB reçoit des demandes provenant de communes de montagne, recherchant des aides afin d'assurer le fonctionnement de leurs

infrastructures (rénovation de salles polyvalentes, achat de véhicules pour la voirie, renouvellement du réseau d'eau potable...). Selon les recherches menées par le PNR 54, ce sont quelque 30 milliards de francs par an qui devraient être investis au profit des diverses infrastructures. En raison des effets du réchauffement climatique (catastrophes naturelles, ouvrages de protection, etc.), la facture totale devrait augmenter d'environ un milliard de francs supplémentaires par an. Pour le SAB, il est donc nécessaire de créer, dans un premier temps, une base de données permettant de disposer d'une vue d'ensemble, quant aux besoins liés à l'entretien et au renouvellement des infrastructures. Ensuite, il faudrait mettre en place un fonds destiné à financer certaines infrastructures communales (depuis 2008, la politique régionale ne prend plus en charge cette question). La création d'un partenariat public-privé rassemblant par exemple la Confédération, des banques, des assureurs (etc.), devrait être étudiée. Pour sa part, le SAB n'a pas de liquidités servant à soutenir les communes dans le besoin. Cependant, notre organisation possède un service permettant d'engager des groupes de volontaires, notamment au profit des communes. Divers travaux sont réalisés par ces personnes, comme l'aménagement de chemins pédestres ou la rénovation de bâtiments (pour davantage d'informations, voir : volontairesmontagne.ch).

RIASSUNTO

Infrastrutture : degli investimenti annuali che ammontano a miliardi di franchi

Il tema della manutenzione e del rinnovamento delle infrastrutture in Svizzera è fondamentale. Ogni anno, le esigenze finanziarie, che devono essere destinate a questi compiti, ammontano a diversi miliardi di franchi. Tuttavia, questa questione è poco affrontata a livello politico. Ogni settimana, il SAB riceve delle domande provenienti dai comuni di montagna, che richiedono degli aiuti per assicurare il funzionamento

delle loro infrastrutture (rinnovamento delle sale polivalenti, acquisto dei veicoli per la viabilità, rinnovo della rete dell'acqua potabile...). Secondo le ricerche condotte dal PNR 54, circa 30 miliardi di franchi all'anno dovrebbero essere investiti a vantaggio di diverse infrastrutture. A causa degli effetti del riscaldamento climatico (catastrofi naturali, opere di protezione, ecc.), la fattura totale dovrebbe aumentare di circa un miliardo di franchi supplementari l'anno. Per il SAB, è quindi necessario creare, in un primo tempo, una base di dati che permettano di avere una veduta d'insieme, rispetto ai bisogni legati alla manutenzione e al rinnovamento delle infrastrutture. Inoltre, bisognerebbe predisporre un fondo destinato a finanziare alcune infrastrutture comunali (dal 2008, la politica regionale non prende più a carico questa questione). Dovrebbe essere studiata la creazione di un partenariato pubblico-privato che riunisca per esempio la Confederazione, delle banche, delle assicurazioni (ecc.). Da parte sua, il SAB non ha delle liquidità che servano a sostenere i comuni in caso di bisogno. Tuttavia, la nostra organizzazione possiede un servizio che permette di ingaggiare dei gruppi di volontari, a vantaggio soprattutto dei comuni. Diversi lavori sono realizzati da queste persone, come la sistemazione dei sentieri pedonali o il rinnovo degli edifici (per maggiori informazioni, si veda: volontarimontagna.ch).